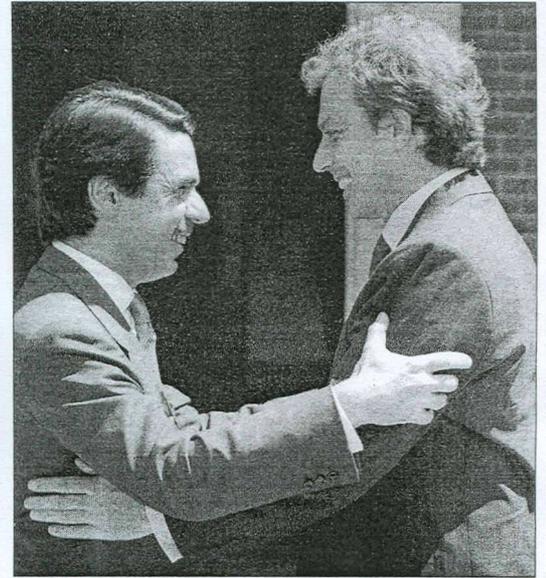


# Undeutlich summt es Modernität

Die PSOE hat einen neuen Generalsekretär. Unter José Zapatero will sich die Partei er-neuern und an frühere Erfolge an-schliessen.



SOLCHAE FREUNDE SINO PROGRAMM GENUG: PSOE-Übervater Felipe González konnte es besonders gut mit dem damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl. González' Nachfolger als spanischer Premier, der konservative José María Aznar, erkannte Tony Blair als Geistesverwandten.



FOTOS: mN/I PHE/PHE1 (LINKS), KEYSTONE/KOTI (RECHTS)

HOLM. OETLEV KÖHLER, OV/EOO

Will man sich ein Bild über den Zustand der modernen spanischen Demokratie machen, so kann man bei drei gleichzeitig stattfindenden Abstimmungen beginnen. Die mit Abstand wichtigste, im Sinne einer breiten Teilnahme, wurde vom privaten Fernsehsender TELE 5 organisiert. Insbesondere die junge und weibliche Bevölkerung wählte hier per telefonischer Beteiligung die letzten KandidatInnen des Fernsehgefängnisses «Gran Hermano» und erkor einen andalusischen Jüngling zum Sieger und Volksbelden. Mit deutlichem Abstand im öffentlichen Interesse folgten die Präsidentschaftswahlen bei den Fußballclubs Real Madrid und FC Barcelona. Sie produzierten in den letzten Wochen aber immerhin eine Toppmelung nach der anderen. Und dann gab es da noch das Hauflein der Aufrechten, die über die Zukunft der Sozialistischen Arbeiterpartei Spanien (PSOE) debattierten. Auch die PSOE musste am letzten Wochenende auf einem Parteikongress ein neues Führungspersonal bestimmen. Der alte Generalsekretär und der gesamte Vorstand waren nach dem Wahldebakel vom März zurückgetreten.

## CHAOTISCHER ZUSTAND - NEUES GESICHT

Der 35. Kongress der PSOE fand inmitten der tiefsten Parteikrise der jüngeren Geschichte des spanischen Sozialismus in Madrid statt. Seit vier Monaten war die Partei ohne Führung, ohne politisches Projekt, ohne Glaubwürdigkeit, ohne organisatorische Einheit und in den meisten Regionen und Kommunen auch ohne Regierungsverantwortung. Seit dem 23. Juli hat sie nun mit José Luis Rodríguez Zapatero an der Spitze wenigstens wieder einen Vorstand, 995 Delegierte, die 350000 Mitglieder repräsentierten, hatten zwischen vier KandidatInnen zu entscheiden. Keine der KandidatInnen für den Vorsitz verfügte über ein klar akzentuiertes politisches Programm für eine Erneuerung der Partei. Eine Antwort auf die Frage, was in Zukunft «sozialistisch» heissen konnte, hatte niemand zu bieten. Neben den unweidlichen MachtverteUungskämpfen ging es so vor allem um den künftigen Politstil und das personale Image der Partei.

Die Knappe Wahl des 39-jährigen José Luis Rodríguez Zapatero zum neuen Generalsekretär gibt hierzu einige parteipolitisch interessante Hinweise. Angesichts des chaotischen Zustands der Bundespartei und des Verfahrens der geheimen Urnenwahl konnte kein Landesvorsitzender der Stimmen seiner Delegierten sicher sein, und so wusste diesmal bis zur Auszahlung tatsächlich niemand, wer gewinnen würde. Ein vergleichsweise demokratisches Wahlverfahren, welches unter dem Regime eines Felipe González oder Alfonso Guerra undenkbar gewesen wäre.

Die Ernennung Zapateros zum Generalsekretär ist der Erfolg eines Aufstands der jungen Hinterbänker gegen die etablierten Parteifürsten. Die Mehrheit der Delegierten stimmte nicht nur gegen den Favoriten und

inoffiziellen Kandidaten des Parteiapparates, José Bono, der als Ministerpräsident der Region Kastilien-La Mancha seit zwanzig Jahren sozialistische Wahlsiege garantiert, sondern auch noch gleich gegen die Kandidatin des traditionalistisch sozialdemokratischen Flügels, Matilde Fernandez. Die vierte Kandidatin, die baskische Europaabgeordnete Rosa Díez, verspielte ihre Chancen, da es ihr nicht gelang, das Image einer Erneuerin zu gewinnen. Der neu gewählte Parteivorstand ist deutlich verjüngt. Ihm gehört mit der erst 23-jährigen Leire Pajín die jüngste Abgeordnete des spanischen Parlaments an. Sie soll sich verstärkt um Kontakte und Verbindungen zu den Nichtregierungsorganisationen kümmern.

Zapatero repräsentiert zweifellos eine neue Parteigeneration. Der PSOE war seit seiner Wiederauferstehung nach dem Tod Francos nie eine reine ArbeiterInnenpartei. Aber doch sehr stark von gewerkschaftlichen Gruppen und der Generation der «Transición» (der Aufbruchstimmung bei dem Übergang von der Diktatur zur Demokratie) geprägt. Der neue Mann an der Spitze der Partei ist von alledem unberührt. Er ist aber auch von keinem der zahlreichen Parteiskandale belastet. Bis vor kurzem war er ein fast unbeschriebenes Blatt aus der politisch bedeutungsarmen Provinz León. Pointierte Meinungsäußerungen konnten dem gelehrten Juristen jedenfalls bislang kaum nachgesagt werden. In Rekordzeit bastelte er sich seine Gruppe «Neuer Weg» zusammen, von der niemand so genau weiss, wo sie steht. Ihr Diskurs reduziert sich auf ein undeutliches Summen um Worthülsen wie «Modernität», «Erneuerung», «Globalisierung und Technologie». Zapatero repräsentiert die Fassade einer künftigen auf «Intelligenz» und Marketing getrimmten Partei. Der PSOE will nicht mehr sozialistisch sein, eine Arbeiterpartei schon gar nicht mehr, ja kaum noch eine Partei, eher eine flott gestaltete und taglich aktualisierbare Web-Site.

## Die WAHLNEOERLAGE VOM 12. MARZ

Was der Führungswechsel in der PSOE für die spanische Politik insgesamt bedeutet, ist auch vor dem Hintergrund einer genereller verändernden politischen Gesellschaft zu sehen. José María Aznars Volkspartei Partido Popu. lar (PP) hat mit ihrem Triumph am 12. März politische Geschichte geschrieben. Nie zuvor hatte eine rechte Partei in Spanien die Mehrheit in freien Wahlen gewinnen können. Der Satz «Spanien wählt links» gilt nicht mehr. Mit dem PP ist neben der PSOE eine zweite politische Kraft mit landesweiter Präsenz und regionaler Verankerung gewachsen. hat sogar in Regionen mit starken konservativen Regionalparteien wie im Baskenland und Katalonien zugelegt. Gleichzeitig haben sich aber auch in einigen Regionen die regionalistisch-nationalistischen Bewegungen stabilisiert. So sitzen im Madrider Bundesparlament Abgeordnete regionaler Strömungen aus Aragón, den Kanarischen Inseln und Andalusien. In Galizien konnte der «Nationalistische Block» (BNG) deutliche Zugewinne ver-

zeichnen. Auch wenn die nationalistisch-separatistischen Kräfte in Katalonien und im Baskenland stagnieren, gehört der Strukturkonflikt zwischen Madrider Zentrum und den regionalen Provinzen weiterhin zu den tickenden Zeitbomben der spanischen Politik.

Seit 1994, also schon vor dem Amtsantritt der ersten PP-Regierung, erlebt Spanien einen Wirtschaftsaufschwung mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt langsam, sie liegt allerdings immer noch deutlich über dem Durchschnitt anderer EU-Staaten. Die PP-Regierung beschränkt sich im Wesentlichen auf die Fortsetzung der unter der PSOE eingeleiteten Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik. Hinzu kam in den letzten Jahren noch, dass wachsende Teile der Mittelschichten vom Aktienboom profitierten.

Die im letzten Wahlkampf von den linken Parteien geschürte Angst vor der politischen Rechten, die in der Geschichte Spaniens so viel Unheil angerichtet hatte, taugte nach vier Jahren PP-Regierung wenig, um Stimmen für die Linke zu mobilisieren. Im Gegenteil: In vieler Hinsicht wirkt der PP heute moderner als die linke Konkurrenz. Dies schlägt sich auch in einer stärkeren Beteiligung junger und weiblicher Mitglieder nieder. Der neue politisch aktive und selbstbewusste Frauentyp bereitet den klassisch-linken Vorstellungen von Feminismus doch arges Kopfzerbrechen.

## SELBST NIEDERGANG VERSCHULDETER

War der PSOE unfähig, sich in den vier Jahren PP-Regierung in der Opposition von den Erblasten des «Felipismo» zu befreien, so ist die linke Wahlkoalition Izquierda Unida (IU, Vereinte Linke) bis heute nicht in der Lage, sich von ihren sektiererischen Traditionen loszusagen. Der kurzfristig vor den Wahlen im Frühjahr von den Parteispitzen ausgehandelte «Pakt der LinkeID» war ein durchsichtiges Manöver, das sich auf gemeinsame Kandidaturen in einigen ausgewählten Wahlkreisen beschränkte. Inhaltlich fehlte jegliche programmatische Zielsetzung. Das Projekt IU war in den achtziger Jahren als Reaktion auf den Niedergang der Kommunistischen Partei von mehreren linken Gruppen und Ideen Parteien gegründet worden. Es sollte die Bündnisplattform einer pluralen Linken jenseits des PSOE sein. Daraus ist jedoch nie etwas geworden, die meisten Gruppen sind aufgelöst oder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Die Kommunistische Partei hat die IU als ihre Wahlplattform instrumentalisiert und unabhängige Linke vertrieben.

Während die IU ihren Niedergang wie ein unweidliches Naturereignis hinzunehmen scheint und orientierungslos dem Parteikongress im Oktober entgegen taumelt, stand der PSOE zuletzt für fast grotesk anmutende Formen des Realitätsverlustes. Anstatt beispielsweise endlich die Verantwortung in der staatsterroristischen Affäre um die GAL zu übernehmen (führende PSOE-Politiker aus dem Innenministerium hatten paramilitarische Banden bezahlt, die verneintliche ETA-Mitglieder enordneten), organisierte die Partei Solidaritätswallfahrten aus ganz Spanien

zu den verurteilten PSOE-Mitgliedern ins Madrider Gefängnis. Der in der PSOE immer noch viele Fäden ziehende Felipe González sprach sich öffentlich gegen die Anklage Augusto Pinochets durch die spanische Justiz aus und solidarisierte sich mit Bettino Craxi, als dieser wegen Korruption und anderer Delikte von der italienischen Gerichtsbarkeit verurteilt wurde. Sein persönliches Interesse an der Unantastbarkeit verbrochener Staatsführer ist dabei ebenso offensichtlich wie sein Desinteresse an der Glaubwürdigkeit seiner Partei.

Wie fadenscheinig die interne Demokratisierungsrhetorik des PSOE war, sah man an der rorpedierung des vorübergehenden Hoffnungstragers José Borrell. Er stand für eine Demokratisierung und inhaltliche Öffnung der Partei sowie eine stärkere soziale Ausrichtung der Politik, für ein Ende des «Felipismo» mit seinem technokratischen Autoritarismus. Von der Basis gegen den Willen der Parteiführung gewählt, wurde Borrell als Spitzenkandidat vom Parteiapparat blockiert und nach einigen Monaten zum Rücktritt gezwungen. Der in der internen Ausscheidung zuvor unterlegene Joaquín Almunia verlor dann glatt die Wahlen gegen Aznar.

Hatten insbesondere die linken Parteien schon in den achtziger Jahren viele Menschen nach deren Politisierung in der «Transición» enttäuscht und in das Privatleben zurückgeschickt, so zeigt sich in den neunziger Jahren eine weiterhin schwindende Politisierung unter der jungen, nicht mehr von der Erinnerung an die Diktatur geprägten Generation. Ihre Denk- und Lebensformen sind keineswegs durchwegs unpolitisch, jedoch meilenweit entfernt von dem, was sich als Politik in den Medien und öffentlichen Institutionen darstellt. Während ihnen die linken Parteien hoffnungslos verstaubt oder ungläubwürdig erscheinen, kommt vielen zumindest der dialogund modernisierungsorientierte Regierungsstil des PP entgegen. Selbst die Skandale des PP um «stock options» (spektakuläre Sereicherungen von PP-Freunden im Zuge der Privatisierungen von Telekommunikations- und Energieunternehmen) wirken da noch zeitgemässer, der aktuellen Welt des Kapitalismus entsprechend, als die des alten und ohnehin als korrupt verschrienen PSOE.

## UNO JETZT DIE ZAPAT/STAS?

Die spanische Rechte hat sich transformiert und konsolidiert. Die PP-Führung hat sich in vielerlei Hinsicht als unerwartet lernfähig erwiesen, viele Fehler der Sozialisten (prepotente Attitüden, aggressiver Klientelismus) vermieden und die politische Führung im Land übernommen. Im internationalen Feld lernte Aznar ebenfalls von Felipe und suchte sich seinen besten Freund im vermeintlich gegnerischen Lager. Waren Gon-

Der PSOE-Apparat lebt auf einer langsam, aber kontinuierlich schmelzenden Eisscholle.

## Undeutlich summt es. . . Fortsetzung von Seite 13

zález und Kohl über viele Regierungsjahre hinweg die besten Freunde, so hat Aznar seinen Kumpel in Tony Blair gefunden. Mit dem kann er Liberalisierungsalianzen für die EU schmieden und hat auch ansonsten viel von der Rhetorik um die «Neue Mitte» übernommen. Die neue PSOE-Führung hat also noch einiges vor sich.

Ausserst ungewiss erscheint die Zukunft der Izquierda Unida. In diesem Bündnis garantiert schon die kommunistische Mehrheit, dass der Niedergang geradezu unaufhaltsam weitergehen wird. Vom Wahlpakt mit dem PSOE hatte man sich den einen oder die andere Abgeordnete mehr erhofft, um darüber die Entlassungen im Parteiapparat zu begrenzen. Das ist gründlich misslungen, und die IV sucht nun verzweifelt nach Absicherungen für diejenigen, die kein Amt ergattern konnten. Für die Angestellten des hoch verschuldeten Bündnisses wurde ein «sozial verträglicher» Personalabbau gesucht und gefunden. Eine inhaltliche und personelle Erneuerung scheint ausgeschlossen, ein weiterer Mitglieder- und Wählerverlust vorprogrammiert.

Auch der PSOE-Apparat lebt wie auf einer langsam, aber kontinuierlich schmelzenden Eisscholle, wobei der Mitgliederschwund etwa dem Verlust an WählerInnen, Arntem und Einfluss entspricht. Zahlreiche Regional- und Lokalverbände sind heillos zerstritten.

So paktiert in Asturien, einer historischen Hochburg der Sozialisten, in der der PSOE entgegen dem Trend noch 1999 mit absoluter Mehrheit die Regionalwahlen gewinnen konnte, die sozialistische Parlamentsfraktion häufig direkt mit der PP-Zentralregierung in Madrid gegen die eigene Regionalregierung in Oviedo. Und in Valencia, einer der mitgliederstärksten Regionen, schwelt seit der Niederlage bei den Regionalwahlen 1995 ein ständiger Kampf mit der Zentrale in Madrid um den gewählten, dann zurückgetretenen und inzwischen gar aus der Partei gedriigten Generalsekretär des Regionalverbandes, Joan Romero.

Solche Auseinandersetzungen liessen sich von der Mehrzahl der Regionalverbände berichten. Sie verdeutlichen die programmatische Leere sowie die bürokratische Krankheit, von der die Partei seit den achtziger Jahren befallen ist. Bezeichnend für den Zustand der Partei ist auch, dass die zahllosen Grippchen und Familien, die sich mit bürokratischen Intrigen und Manövern bekiimpfen, statt politischen Bezeichnungen stets die Namen ihrer Führungspersonlichkeiten tragen (Felipistas, Guerristas, Lermistas, Borrellistas). Dass der neue Generalsekretär Zapatero für seine Tendenz in der PSOE das viel sagende Etikett «Neuer Weg» wählte, erklärt sich denn auch weniger aus programmatischer Klarheit als aus dem Beiklang seines

Nachnamens. «Zapatistas», so will man dann doch nicht gerufen werden.

Die Parteien der Linken hatten die Politik der Langeweile in Spanien zum Prinzip erkliirt, zu deren Administration sich die Rechte als cleverer erweist. Der konservative Aznar hat sich die Verwaltung der «Neuen Mitte» in Einklang mit seinen sozialdemokratisch-regierten europäischen Nachbarn zum Prinzip gemacht.

Das Vorbild des neuen sozialistischen Generalsekretärs lautet «Suresnes», der Ort, an dem der Exilkongress des PSOE 1974 stattfand. Damals wurde der junge, unbekannte Felipe González überraschend zum Generalsekretär gewählt, um die Partei vom Staub der Vergangenheit und ideologischem Ballast zu reinigen und auf einen langen Erfolgsweg an die Macht zu führen. «Mir ist es egal, ob die Katze weiss oder schwarz ist, Hauptsache sie fängt Mäuse», war das politische Credo des Felipismo. Mir ist egal, ob mein Weg ein neuer oder ein dritter ist, Hauptsache, er führt zur Wallstreet, konnte dasjenige des José Rodríguez Luis Zapateros werden. Die spanische Linke innerhalb und ausserhalb des PSOE befindet sich einsteilen in einer Sackgasse. Ein leeres Fass füllt sich nicht mit neuem Anstrich, sondern einzig mit neuem Inhalt.

Der Autor ist Professor für Soziologie an der Universität Oviedo.